

Deutsche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1916 Nr. 120

für Urhalt und Thüringer.

Jahrgang 209

Zweite Ausgabe

Sonnabend, 11. März 1916

Abendblätter für die sachsenhaltigen Kreise oder deren Raum für Halle und den Saalkreis 20 Pfennig, am Samstag 30 Pfennig. — Bestellungen am Samstag des redaktionellen Tages bis 12 Uhr Mittags. Anzeigenannahme bei der Geschäftsstelle in Halle (Saale) und bei allen bekannten Anzeigenverlegern.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30
Bureauamt: Am Sudwall 10, Nr. 6230
Druck und Verlag von Otto Thiele, Halle (Saale)

Deutsche Erfolge zur See

Proteste gegen die Einberufung der Verheirateten in England

Der Bruch des Regierungsversprechens

Notterdam, 10. März. Der „Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Im ganzen Lande wurden Protestversammlungen gegen die Einberufung der Verheirateten abgehalten. Offener noch eine Versammlung von 700 verheirateten Männern in Southampton im Vortage. Hier, in der gegen den Bruch des von der Regierung gegebenen Versprechens überhand angefangen und durch aufgefordert wurde, zurückzutreten. Der „Manchester Guardian“ schreibt in einem Leitartikel, daß die verheirateten Männer sich jetzt in einen feigen zweifelhafte Aufstand, und der Londoner Korrespondent dieses Blattes erklärt, daß das Kriegsamt sich durch die Bewegung nicht einschüchtern lasse, sondern mit der Einberufung der Verheirateten fortfahren werde.

Die englische Schiffraumnot

London, 10. März. In der politischen Literatur der „Morning Post“ wird gefast, daß die britischen Schiffe für den Schiffraum verfallen, daß diese Frage jetzt in ein akutes Stadium getreten sei. Man habe in Handelstreifen das Gefühl, daß die Nachfrage der Verbündeten und Neutralen nach Schiffraum die britische Flotte überfordere, ohne daß man auf die britischen Bedürfnisse Rücksicht nehme.

Amerikaner erklären getrennt, daß infolge der Einschränkung der Reproduktion 200 000 Tonnen Schiffraum frei werden würden.

Weitere Auszeichnung des „Möwe“-Kommandanten

Karlsruhe, 10. März. Ihre Königliche Hoheit der Großherzogin und die Großherzogin haben heute den Hauptmannkapitän Burggraf von Gersau am Dohna-Schloß in Empfang genommen. Der Kommandant nahm an der großherzoglichen Mittagstafel teil. Der Großherzog verlieh dem Kapitän des Mittelkreuzes des Militärordens Karl Friedrichs Verdienstkreuz.

Wirkungen des Tauchbootkriegs

Haga, 10. März. Dem „Nieuwe Courant“ zufolge wird aus Tokio gemeldet, daß die japanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft Nippon Yusen-Kaisha ihren Dienst nach Europa eingestellt hat, weil die Versicherungsgesellschaften sich weigerten, das Risiko zu übernehmen, und die Regierung für die Fortsetzung des Dienstes keine Subvention zahlen will.

London meldet: Die französische viermotorige Bark „Bille de Sambre“ wurde versenkt. Zwei Mann der Besatzung sind tot.

Englische Besorgnis um den Handel Ägyptens

Amsterdam, 10. März. Einem hiesigen Blatt zufolge erzählt die „Times“ aus Kairo, daß die britische Regierung eine besondere Kommission ernannt habe, um zu untersuchen, wie weit der Krieg von uns Einfluß auf Handel und Industrie Ägyptens gewesen ist, und Maßnahmen zu treffen, um neue Märkte für ägyptische Erzeugnisse zu öffnen, so daß Artikel, die früher aus feindlichen Ländern bezogen wurden, durch solche ersetzt werden können, die im Lande erzeugt wurden, oder aus nicht feindlichen Ländern herriehen.

Was wird in Salonik?

Wie der „Frank. Bl.“ aus Konstantinopel berichtet wird, soll General Sarail in letzter Zeit wiederholt in Salonik geäußert haben, er glaube nicht an eine Offensive der Gegner, er halte aber ebenso eine Offensive der Entente für möglich. Sarail sagt über die fähiger werdenden Schwärze in der Besetzung der Truppen, die aus Frankreich und England nach Salonik geschickt werden müßte und ihm außerdem die Verpflegung für einen großen Teil der Bevölkerung obliege. Das macedonisch-griechische Inland verfüge nicht über die notwendigen Lebensmittel für den eigenen Bedarf. Der General verleihe, daß sich die deutschen Unterführer in Mittelmeer-Regionen während der letzten 14 Tage empfindlich fähiger machten, denn es sei eine Reihe von Dampfern mit Lebensmitteln durch deutsche U-Boote versenkt worden. In Salonik rechnet man mit der Möglichkeit eines baldigen Rücktritts des Generals Sarail.

Griechenland im Oberpinus

Amsterdam, 10. März. Einem hiesigen Blatt zufolge erzählt die „Times“ aus Athen, daß beschlossen wurde, die militärische Besetzung des Oberpinus abzugeben und mit dem lokalen Verwaltungssystem der neuerrichteten Provinzen zu verschmelzen.

Athen, 10. März. (Agence Sotab.) Der Ministerpräsident Salamis und der französische Gesandte Guillemin haben am 9. März einen freundschaftlichen Schiedsvertrag über die Beziehungen zwischen den Truppen und vor allem über die Lebensmittellieferung der Truppen in Salonik geschlossen.

Deutsche Luftbomben auf russische Kriegsschiffe im Schwarzen Meer

Berlin, 10. März. Am 9. März, vormittags wurde bei Kallitran nordöstlich von Anapa im Schwarzen Meer ein russischer Schiffsverband, bestehend aus einem Linienhinfisch, fünf Torpedobootzerflörer und mehreren Frachtdampfern von deutschen Seeflugzeugen angegriffen und mit Bomben belegt. Es wurden Treffer auf Zerstörer beobachtet. Trotz heftiger Beschädigung durch die Russen fehlten sämtliche Flugzeuge unbeschädigt zurück.

Der Chef des Admiralitäts der Marine.

Ein englischer Zerstörer und ein Torpedoboot versenkt

London, 10. März. Die Admiralität teilt mit, daß der Zerstörer „Coquette“ und das Torpedoboot Nr. 11 an der Südküste von Minen versenkt worden seien. Vier Offiziere und 41 Mann sind ertrunken.

Der englische Zerstörer „Coquette“ gehörte zu einer Klasse dieser Boote von 315-480 Tonnen Verdrang, 30 Seemeilen Schnellkraft, einer Bewaffnung mit einem 76-cm- und fünf 57-cm-Geschützen, sowie zwei Torpedorohren. Die Besatzung betrug auf 60-72 Mann. In der Verletzung beider englischer Schiffe dürfen wir ein Zeichen der gesteigerten erfolgreichen Minenwerferfähigkeit unserer Seeinfanterie freudig begrüßen.

Unsere Vorräte an Brotgetreide

Berlin, 10. März. Die Vorräte an Brotgetreide sind zur neuen Ernte vollständig gedeckt. Die zunichte auf etwa 200 000 Tonnen veranschlagte Reserve ist sogar auf das Doppelte, etwa 400 000 Tonnen gestiegen.

Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente

Berlin, 10. März. Der Reichstag hat am 15. Januar d. J. einstimmig beschlossen, die verbindlichen Bestimmungen zu erlassen, alsobald ein Gefangenentum vorzuliegen, durch den die Altersgrenze für den Bezug der Altersrente vom 70. auf das 65. Lebensjahr herabgesetzt wird. Die das B. L. V. hier, ist dem Bundesrat eine Vorlage, in welcher dem Bundesrat des Reichstages entsprechen werden soll, bevor die Änderung der Vorschriften der Versicherungsordnung in Form seiner nächsten Sitzung zu beschließen.

2 1/2 Millionen Mann französischer Verluste

Wien, 10. März. Ein Berichterstatter der „Neuen Freien Presse“ meldet aus Amsterdam: Im Palais Bourbon hat Kriegsminister Gallieni in einer vertraulichen Sitzung der Abgeordneten folgende Angaben über die französischen Verluste bis 1. März 1916 gemacht: 800 000 Tote, 1 400 000 Verwundete (hierunter 400 000 Schwerverwundete), 200 000 Vermisste, worunter vor allem Gefangene zu verstehen sind. Die Franzosen haben also 2 500 000 Mann, während die Deutschen, nach 600 000 Mann an Toten, Verwundeten und Gefangenen eingestrichelt haben. Die Mitteilungen des Kriegsministers sollen einen niederschmetternden Eindruck gemacht haben.

Die russischen Kriegsberichte

Petersburg, 10. März. Amtlicher Kriegsbericht. Westfront: Eine starke deutsche Kolonne verlor bei Klobenbush, östlich von Friedrichsdorf, die Düna zu überschreiten, wurde jedoch durch unsere Feuer zur Umkehr gezwungen. Nordwestlich von Juchobit behauptet die deutsche Artillerie unsere Unterhöhlen. Die feindliche Infanterie behauptet den Detachement und die Schützentruppe und kämpft an der Düna südlich von Juchobit. Bei Jucht vernichteten unsere Aufklärer einen feindlichen Bataillon und machten Gefangene. Nordwestlich des Bohnhofes (41 km nordwestlich von Juchobit) drangen unsere Aufklärer am hellen Tage in einen feindlichen Staben. Ein Teil der Besatzung wurde niedergeschlagen, der andere gefangen genommen. An der oberen Düna geriet eine unserer Feuer eine stärkere feindliche Abteilung, als sie aus dem Staben wollte. In Galizien bei Juchobit (21 km nordwestlich von Juchobit) ging der Feind unter dem Schutz von Feuerwerten seiner Artillerie zum nächsten Angriff über, der jedoch durch unsere Artilleriefeuer abgewiesen wurde. Auch hier wurden die Gefangenen zurückgeworfen. In der Pfalzungsung wurden Abteilungen von uns die Trüben über den Fluß Salomonow.

Amerika und der U-Boots-Krieg

Eine neue deutsche Erklärung an Amerika

Berlin, 10. März. Der Kaiserlich deutsche Botschafter in Washington hat im Auftrage der Kaiserlich deutschen Regierung dem Staatssekretär der Vereinigten Staaten von Amerika folgende Mitteilung gemacht:

Die deutsche Regierung legt Wert darauf, die bisherige Entwicklung nach einmal mit aller Offenheit zu präzisieren, die den freundschaftlichen Beziehungen der beiden großen Völker und dem vollen Bunde der Kaiserlichen Regierung, diese vor allen Erbitterungen zu bewahren, entspricht.

Bei Beginn des Krieges hat die Deutsche Regierung auf den Vorschlag der Vereinigten Staaten von Amerika sich sofort bereit erklärt, die

Londoner See-Kriegsrechtsklärung zu ratifizieren. Die deutsche Regierung wurde schon vorher auf Grund der Bestimmungen der Londoner Kriegsrechtsklärung ohne jede Einschränkung erlassen. Dadurch wurde anerkannt, daß die geltenden Bestimmungen des Völkerrechts, die den Handel mit den Neutralen und auch mit den Kriegsführenden, sowie die Freiheit der Meere, überwiegen, das in der Welt in vollem Umfang herabwürdigt werden sollten. England lehnte es im Gegenzug hierzu ab, die Londoner Kriegsrechtsklärung zu ratifizieren, und begann nach Ausbruch des Krieges den legalen Handel mit den neutralen Staaten zu erschweren, um dadurch Deutschland zu treffen. Das

Internationalen Völkerrechts der Handelsbestimmungen von 8. August 21. September und 23. Oktober infolge am 3. November 1914 ein Gesetz der britischen Admiralität, das die ganze Nordsee als Kriegsgebiet erklärte, ist, in der Handelsfahr jeder Art den schwersten Gefahren durch Minen und Kriegsschiffe ausgesetzt wurde. Der Bruch der neutralen Staaten hätte keinen Erfolg. Schon von diesem Zeitpunkt an, als man nach einer Freizität des neutralen Handels mit Deutschland. Im Februar 1915 hat Deutschland sich gewonnen, Gegenmaßnahmen zu treffen, die das

völkerrechtswidrige Verhalten der Gegner bekämpfen sollten. Es wählte für Gegenmaßnahmen neue Kriegsmittel, deren Verwendung im Völkerrecht überhaupt nicht geregelt war. Es behauptete seine geltenden Rechte, sondern trug nur der Gegners der neuen Waffe, des

Unterseebootes, Rechnung. Der Gebrauch der neuen Waffe mußte die Bewegungsfreiheit der Neutralen einschränken und bilde eine Gefahr, der durch besondere Warnungen begegnet werden sollte entsprechend der vorausgesetzten englischen Warnung vor dem Gefahren des Kriegsgebietes in der Nordsee.

Die Regierung der Vereinigten Staaten trat, da beide Kriegsführenden Parteien in der Nordsee am 15. Februar 1915 und in den englischen Notizen vom 18. und 20. Februar 1915 den Anspruch erhoben, daß ihr Vorgehen um eine Verletzung der Neutralität des Ozeans sei, an beide Kriegsführenden Parteien heran, um wofürsamt zu verhandeln, daß der Kriegserklärung die Neutralität wieder zur Geltung zu bringen. Die feindliche einseitige Entscheidung auf, den Gebrauch seiner neuen Waffe den Bestimmungen für die alten Kriegsregeln anzupassen, andererseits England, Lebensmittel für die

nichtkämpfende Bevölkerung Deutschlands zur Bereitung unter amerikanischer Kontrolle verhüten zu lassen. Deutschland erklärte am 1. März 1915 seine Neutralität, während England am 15. März 1915 eine Verbotserklärung gegen den Handel mit Deutschland abgab. England besetzte sogar durch seine U-Boote vom 11. März 1915 den letzten Rest der völkerrechtswidrigen Freiheit des neutralen Handels mit Deutschland und dessen neutralen Nachbarländern. Der Zweck war, Deutschland durch

Ausführung

zu beunruhigen. Trotzdem entsprach Deutschland im weiteren Verlauf des Krieges, nachdem bei verschiedenen Gelegenheiten gegen seinen Wunsch und Willen neutrale Bürger und Leben gekommen waren, in der weiteren praktischen Anwendung seiner Unterseebootkraft den Wünschen der amerikanischen Regierung in so weitestmöglicher Weise, daß die Rechte Neutralität auf dem Handel tatsächlich beiderseits überall in beachtlicher Weise. Nunmehr machte England dem Unterseeboot die Ausübung ebens, den Völkerrechtsbestimmungen entsprechend Handelsverträge dadurch unmöglich, daß es durch sämtliche

Handelschiffe bewachte und den aggressivsten einen Gebrauch der Gefährde anordnete. Die Wahrscheinlichkeit, daß die von den neutralen Regierungen mit dem Zweck für 8. Februar 1916 angefaßt wurde. Die Befehle wiederholen direkt den Erklärungen des englischen Botschafters in Washington vom 25. August 1914.

Die deutsche Regierung hat erklärt, daß dieses Tatsachenmaterial die neutralen Regierungen auf Grund der von der Regierung der Vereinigten Staaten am 22. Januar 1916 gemachten Entwarnungsbefehle in Anspruch setzen würde, die

Entwarnung des Botschafters durchzuführen. Tatsächlich ist aber die Entwarnung mit Gefährden

zu unseren Gegnern mit großer Energie weiterzuziehen werden.
Der Grundbesitz der amerikanischen Staaten, ihre Büren von feindlichen Handlungen nicht erzuzusetzen wurde von England und seinen Alliierten besetzt, Handels- schiffe für den Angriff zu benutzen. Es können nämlich Handelsfahrtschiffe unter Beobachtung leicht zerstört und sich im Falle des Mißglücks des Angriffs durch die Unversehrtheit an amerikanischen Häfen zu einem Fortgesetzten glauben. Der Befehl des Vorgesetzten wurde ergänzt durch die Bezeichnung an die Führer der Handelsfahrtschiffe, eine feindliche Flagge zu führen und die Unterbesuche zu vermeiden. Die Nachrichten über ausgedehnte Brände und Zerstörung von Grenzgebieten an erfolgreiche Handelsfahrtschiffe zeigen die Wirkung dieser Befehle. Die englischen Nachrichten haben sich die Verhältnisse angeschlossen.

- Zeitliche Deutschland vor der Zeit:**
- a) daß eine völkerechtlich wichtige Aufgabe (vergl. die amerikanische Note an England vom 8. November 1915) seit einem Jahre den neutralen Handel des deutschen Reichs fernhält und Deutschlands Ausfuhr unmöglich macht;
 - b) daß völkerechtlich wichtige Bestimmungen der Konventionen in Frage kommen (siehe die amerikanische Note an England vom 1. Dezember 1915);
 - c) daß völkerechtlich wichtige Eingriffe in die Postrechte des amerikanischen Kontinents an England vom 10. Jan. 1916 über die Verletzung des Postverkehrs mit dem Anslande zu verhindern streben;
 - d) daß die systematisch gezielte Vergehung der Neutralität nach dem Grundgesetz, „Nicht geht vor Recht“ den Verkehr mit Deutschland über die Landwege unterbindet, um die Durchbrechung der feindlichen Blockade der Neutralität zu verhindern;
 - e) daß Deutsch, die von unseren Feinden an See angegriffen werden, ohne Rücksicht darauf, ob sie Kämpfer oder Nichtkämpfer sind, ihrer Freiheit beraubt werden;
 - f) daß unsere eigenen Handelsfahrtschiffe für den Angriff bewaffnet und dadurch die Verletzung des Unterseeboots nach den Grundbesitz der Londoner Deklaration unmöglich machen (siehe die deutsche Denkschrift vom 8. Februar 1916).

Das englische Weißbuch vom Januar 1916 über die Unterbindung des deutschen Handels räumt, daß durch diese Maßnahmen Deutschland zu einer Handelsblockade voll- ständig und vollständig gemacht worden ist.
Die Kaiserliche Regierung darf hoffen, daß gemäß den freundschaftlichen Beziehungen, die in einer hundertjährigen Vergangenheit zwischen den beiden Völkern bestanden, der hier dargestellte Standpunkt trotz der durch das Vorgehen unserer Feinde erzwungenen Verhältnisse, die in der Zukunft von dem Willen der Vereinigten Staaten gewährt werden wird.

Bezeichnung eines holländischen Dampfers durch ein V-Boot

Am 10. März, wie verlautet, wird die Direktion des Niederländischen „V-Boots“ an der holländischen Küste eines Dampfers, der in der Nähe von ... ein Unterseeboot vorstellend erbeben. Die des „V-Boots“ zu jährläufig Stelle erzählt, spielte sich der Vorfall folgendermaßen ab:

Die „Vandenberg“ erhielt auf größere Entfernung durch Flaggenzeichen den Befehl, zu stoppen. Anstatt dieser Aufforderung nachzugeben, fuhr der Dampfer mit voller Fahrt direkt auf das Unterseeboot zu. Der Kommandant wurde aus diesem Verhalten der „Vandenberg“ notwendigsgewissig, daß es einen unter holländischer Flagge fahrenden englischen Dampfer vor sich habe, der zum Angriff vorgehe, und nahm ihn deshalb unter Feuer. Später hoppelte der Dampfer und landete zur Küste der Schiffsfähre ein Boot. Auf Befragen, erkläre die in diesem Schiffsboot befindliche holländische Schiffsoffizier der „Vandenberg“, der Dampfer habe nur zur schnelleren Erledigung der Formalitäten näher an das Unterseeboot heranzukommen wollen. Der Kommandant des Unterseeboots war zu der Annahme, einen maritimen englischen Dampfer vor sich zu haben, mehr berechtigt, als die Engländer weiß bekamen, die holländische Flagge mißbräuchlich zu benutzen.

Der Bericht des türkischen Hauptquartiers

Konstantinopel, 10. März. Das Hauptquartier meldet: Nachdem der Feind an der Front ... Erfolg mit seinen unermüdeten Angriffen hatte, am seit einigen Monaten zu allen möglichen Mitteln Anstalt, sich unseren Stellungen zu nähern. In den letzten Tagen näherte sich der Feind bis auf 150-200 Meter unseren vordersten Schützengruben und versuchte, die Feindlinie durch einen Angriff zu durchbrechen. Der Feind wurde durch unsere Feuerwerke und durch unsere Feuerwerke zurückgedrängt. Der Feind wurde nach seinen alten Stellungen zurückgedrängt. Er ließ in den Gräben 2000 Tot- und eine große Menge Waffen und Munition zurück. Unsere Verluste sind verhältnismäßig gering. Keine wichtige Nachricht von den anderen Fronten.

Vom Rhein zum Schwarzen Meer

Wien, 10. März. In der letzten Sitzung des Wiener Stadtrats legte Stadtrat Regierungsrat Schmid, einen ausführlichen Bericht über die Gestaltung des Wasserweges vom Rhein zum Schwarzen Meer vor. Der Berichterstatter erklärte, das Betreiben der Mittelmaße müsse dahin gehen, die natürliche Wassertrasse des Donauraumes auszunutzen und sie mit den Stromgebieten des Rheins, der Donau und der Elbe in Verbindung zu bringen, damit ein Verkehr der Güter von der Nordsee und Ostsee bis zum Schwarzen Meer und bis zum Persischen Golf erfolgen könne, wodurch die verbundenen Reiche von fremden Einfüssen unabhängig gemacht, ihr Viehind gesichert und ihr Wohlstand mächtig gehoben werden würde. Die Erörterungen des Krieges haben gezeigt, welche hervorragenden Wert die Wasserstraßen für die Binnenstaaten haben. Der Berichterstatter beantragte folgende Entscheidung:

Die Gemeinde Wien erachte es für notwendig, schon jetzt an die Vorbereitung für die Herstellung eines Großschiffahrtsweges von der Nord- und Ostsee bis zum Schwarzen Meer zu übergehen. Zu diesem Behufe wird die Regierung ersucht, im Einvernehmen mit der ungarischen Regierung sowie mit den Regierungen des Deutschen Reiches und der Staaten am Mittelmeer die Durchführung einer allen Anforderungen des Verkehrs entsprechenden Schiffahrtstrasse vom Rhein zur Donau und auf der Donau bis zum Schwarzen Meer sicherzustellen.

Der Stadtrat stimmte dem Antrag zu.

Preußischer Landtag

Abgeordnetenhaus

Sitzung vom 10. März, 1916.

Am Regierungssitzung Dr. v. Breitenbach, Dr. Lenge. Präsident Dr. Oetzer v. Schwernin-Lewis eröffnete die Sitzung um 11 Uhr 20 Min.
Auf Vorschlag des Abg. Frhr. v. Bohlis (Freison) wurde der Kullusetat von der Tagesordnung abgehelt und nach folgender Geschäftsordnungsdebatte wurde unter stürmischer Heiterkeit entgegen dem Vorschlag des Präsidenten, morgen zu tagen, der Vorschlag des Abg. Hoffmann (Sag), dem Haushaltsausschusse außer Montag auch den Samstag für die Vorbereitung des Kullussetzels zur Verfügung zu stellen, einstimmig angenommen.

Weiterberatung des Eisenbahnbills.
Abg. Schmeiding (Ztr.), bei der fortwährenden Unruhe zunächst nicht verhandelt, erklärte sich für Verlängerung des Finanzabkommens und, wie der Minister, gegen das kirchliche Zweifelhaftheiten in den Verordnungen, gegen eine etwaige Lärerhöhung und gegen Übertragung der Eisenbahnen auf das Reich, begrüßte die Erhöhung der Kriegsbeihilfen für Staatsangehörige, also auch für die Eisenbahnarbeiter vom 1. März ab und ihre Zustimmung nach der Größe der Familien (Weiß) und verlangte größere Dienstaufwendungen für Unterbeamte; auf den 10. Sachverhalt und die Familien mit höherer Kinderzahl nicht ortsunabhängig unterbringen. (Zustimmung im Zentrum.) Er stimmte der Vorrichtung der neuen Arbeitsordnung zu, daß Eisenbahnarbeiter sich von ortsunabhängigen Verordnungen und Verordnungen sowie von Verbänden fernhalten haben, welche Arbeitseinstellungen als Teil ihres Programms ansetzen; die christlichen Gewerkschaften teilen diesen Standpunkt seit Jahren. (Sehr richtig im Zentrum.) Er lobte die Wohl- fahrtsmaßnahmen der Verwaltung für die Arbeiter über die geistlichen Verordnungen hinaus hervor: 1914 seien für die Rentionsfamilien A und B 144 Millionen, für Kriegs- teilnehmerfamilien 64 Millionen, an Unterhaltungen für Arbeiter und deren Familien 3 Millionen, im ganzen 211 Millionen ausgegeben und weitere Mittel für Bade- anstalten, Wohnung langjähriger Dienste, Erfrischungen im Dienst, Unterhaltsräume, Inhaberlokalbestimmung, Kleinrenten, Förderung der Eisenbahndienstboten, Versicherung gegen Brandschaden usw. aufgewandt worden; so lasse die Eisenbahnverwaltung ihre Arbeit kulturell und sozial zu heben. Umso mehr dürfe man erwarten, daß sie sich von Verordnungen, die mit der Sicherheit des Staates unvereinbar seien, fernhalten. (Zustimmung im Zentrum.) Demnach habe der Ausschuss die Vertilgung des Eisenbahnarbeiterverbandes und Erhöhung des Staatszuschusses zur Arbeiterpensionskasse der Regierung als Material über- liefert und hoffe auf Bewilligung. Bei dem beantragten Fallantrag ab Redner, auch Gesandten zu berück- sichtigen. Der Eisenbahnverwaltung könne man großes Vertrauen entgegenbringen; auch sie habe den Weltkrieg glücklich durchgeführt. (Weiß.)

Abg. Dr. Mocco (Natl.) schloß sich der Anerkennung der Vorentscheid für die Kriegszuständigkeit der Eisen- bahnerverwaltung im Namen seiner Freunde an. Zur Beurteilung des Finanzabkommens wies Redner darauf hin, daß das statistische Anlagekapital sich von 1914 bis 1916 um ungefähr 1200 Millionen Mark erhöht habe, demnach die Ausgaben der Eisenbahnerverwaltung für all- gemeine Staatszwecke von 200 auf 287 Millionen; die Ver- zinsung des Anlagekapitals sei aber von 83 Prozent im Jahre 1915 auf 95 Prozent im Jahre 1916, also fast um die Hälfte, gewachsen. Daher müsse das Verhältnis der Eisen- bahnerverwaltung zur Staatsfinanzverwaltung demnach still- endgültig geregelt werden. Die Ausgaben des Extraordinariums, auch die für die großen Bahn- weise, seien für den Betrieb und seine Rentabilität erforder- lich, also als verbundene Anlagen anzusehen; daher sei grundsätzlich zu erwarten, die Kosten dafür nicht auf An- wesen zu nehmen, sondern, daß der Staat sich aber bei nicht mehr genügend für seinen Zweck; man müsse ihn höher belohnen oder zur Anleihe übergehen. Die Mehrheit der Fraktion werde der Verlängerung des Finanzabkommens zustimmen. Wie der Redner, begrüßte er die Ein- führung der durchgehenden Prämie bei den Güterzügen, hoffe auch auf die selbständige Auspre- sungen und hat um mehr Verlonenauflage auf den Bahn- höfen für Verwundete und Kranke. Gegenüber dem ge- genständlichen Antrag an Wagon, Betriebsmaterial usw. des- er auf das statistische Anlagekapital, das man nicht aus- zubauen sei, um auch dadurch Deutschland künftig als selbständiger Wirtschaftsbereich hinanzuführen. Angesichts der kommenden schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse könne man nicht allgemein billige Tarife fordern, dürfte aber auch nicht einen allgemeinen Aufschlag auf die Tarife über 1875 vornehmen. Die Tarifstarife würden aus- gebaut werden müssen. Vor Englands wirt- schaftlicher Mobilmachung gegen Deutsch- lands Handel und Industrie brauchen wir keine Sorge zu haben, müßten ihm aber das Wirt- schaftsbereich im Orient nehmen. Wenn der Minister die wirtschaftliche Entwicklung fördere, dann werde es nicht schwierig sein, die Kosten aus dem Kriege und seinen Folgen zu tragen; auch wirtschaftlich werde ein neues Deutschland erblühen. (Weiß.)

Finanzminister Dr. Lenge: Ich bin betrieblid von der Zustimmung zur Verlängerung des Finanzabkommens auf- merksam. Wie der Minister, begrüßte er die Ein- führung der durchgehenden Prämie bei den Güterzügen, hoffe auch auf die selbständige Auspre- sungen und hat um mehr Verlonenauflage auf den Bahn- höfen für Verwundete und Kranke. Gegenüber dem ge- gegenständlichen Antrag an Wagon, Betriebsmaterial usw. des- er auf das statistische Anlagekapital, das man nicht aus- zubauen sei, um auch dadurch Deutschland künftig als selbständiger Wirtschaftsbereich hinanzuführen. Angesichts der kommenden schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse könne man nicht allgemein billige Tarife fordern, dürfte aber auch nicht einen allgemeinen Aufschlag auf die Tarife über 1875 vornehmen. Die Tarifstarife würden aus- gebaut werden müssen. Vor Englands wirt- schaftlicher Mobilmachung gegen Deutsch- lands Handel und Industrie brauchen wir keine Sorge zu haben, müßten ihm aber das Wirt- schaftsbereich im Orient nehmen. Wenn der Minister die wirtschaftliche Entwicklung fördere, dann werde es nicht schwierig sein, die Kosten aus dem Kriege und seinen Folgen zu tragen; auch wirtschaftlich werde ein neues Deutschland erblühen. (Weiß.)

Stimmen beizugehen; etwas zu Inholdes kann eine solche Finanzkraft niemals machen. Der Abg. Mocco will den Ausgleichsfonds höher belohnen, indem er die Mittel des Extraordinariums dazu verwendet, das würde finanziell bedeuten, den Ausgleichsfonds auf Schulden nehmen. Mit der ersten Frage eines Übergangs der preußi- schen Staatsbahnen auf das Reich ist schon früher gepeilt worden, weil eine einheitliche Eisen- bahnerverwaltung im Reich angeht, einen wesentlichen Fortschritt bedeuten würde. In der Eisenbahnerverwaltung sind aber zum Teil für den preußischen Staatsausbau nutzbar gemacht, und zwar in regelmäßiger Steigerung, und unsere ganze Staatswirtschaft ist darauf aufgebaut. Das entspricht dem Steigen der Staatsausgaben; andernfalls wären jedes Mal Steuererhöhungen nötig. Eine Über- gabe dieser starken Einnahmequelle an das Reich wäre sehr weitgehend und zweifelhaft. Die von Kirchhoff er- hoffte glänzende Entschädigung für Breußen würde nicht eintreten angesichts der ungeheuren Summen, die das Reich zu leisten hat, unter ganz Staatsausbau würde erfüllt werden, wenn ihm eine steigende Einnahmequelle ohne weiteres genommen würde. Man darf das Reich in seiner Not nicht verlassen, aber auch die Bundesstaaten müssen die Möglichkeit des Beistehens bekalten, um ihre kulturellen Aufgaben weiter erfüllen zu können. Sie haben dem Reich schon Einnahmequellen überliefert; dadurch, daß das Reich den Vermögenszuwachs befreit, wird unsere andere Einnahmequelle neben der Eisenbahn, das Steuer- ertrags, wesentlich vermindert; aber, auch das muß steigen, wenn der Staat ohne Übertragung der Steuer seine Aufgaben erfüllen will. Die jetzt dem Reichstag vor- liegende Reichsreformgesetzgebung wird die preußischen Einnahmen wesentlich schwächen. Sie ist konstitutioneller Natur, denn sie muß anfangs aus dem Einkommen aus der Substanz des Ver- mögens genommen werden und ist nicht die Steuerkraft des Einkommens auch Breußen gegenüber ein. Wenn nun nach der Steigerung der Eisenbahn-Einnahmen dauernd fortsetze, so würde das verbotene Verbot der Breußen haben. Schon deshalb wäre die Übertragung der Steuer sehr bedenklich. Schon heute merkt das reisende Publikum nicht mehr von einer Eisenbahnerge. Der ganze Verkehr wird de facto einheitlich gehandhabt; es handelt sich nur noch um eine gewisse Abrechnung zwischen den Verwaltungen. Durch eine weitere Vereinheitlichung würden so viele Ausgaben notwendig werden, daß die Ertragsmittel voll- ständig aufgegeben würden; eine gewisse Dezentralisation ist gut, auch im Eisenbahnbereich. Die neue Steuer kann nicht den Be- dürfnissen des einzelnen Landes Rechnung tragen, eine Zentralstelle könnte das nicht. Denken Sie an die so- genannten Meliorationsbahnen, die fast gar keine Vergin- gung bringen und doch gebaut werden, um das Land aufzu- schließen und ihm frisches Blut zuzuführen. Weiter: Würde das Reich einen finanziellen Vorteil haben, wenn die Ein- zelstaaten angemessen enttäuscht würden? Dann bliebe ihm nur eine ganz geringe Rente. Wir haben in Breußen der Eisenbahn auch ihren Überschüssen immer wieder angeführt, was erforderlich war, und auch nach dem Finanzabkom- men das ganze Extraordinarium wieder hineingelegt; wenn man sie aber als reine Geldquelle betrachtet, so müssen möglichst alle Ertragsmittel herausgezogen werden und in die Reichskasse fließen. Das wäre ganz falsch, aber das Reich würde ja bei seinem ungeheuren Geldbedarf die vorläufige Finanzpolitik Preußens nicht durchführen können, trotz belien Willens. Es ist sehr fraglich, ob Handel und Wandel sich dabei besser befinden würden, als heute. Aus all diesen Gründen ist es im Interesse des Reiches und Preußens, daß die preußischen Eisenbahnen bei Breußen bleiben. (Re- dner Weiß.)

Abg. Graf v. Mollat (Freison): In den unerwartet hohen Leistungen unserer Eisenbahnen unter den schwie- rigen Umständen spiegeln sich die besten Eigenschaften unseres Volkes wieder. Zu der erforderlichen Sparlichkeit würden die kirchlichen Vorkläge nicht beitragen, und Experimente im Eisenbahnbetrieb sind jetzt überhaupt nicht richtig. Dagegen könnte ein gewisser Sturz im Eisenbahn- betrieb, auch die Abnahme der Einnahmen, welche auch das Material stark vermindert. Die Einschränkungen der Kriegszeit in der Zukunft könnten solange dauern, wie der Spang zur Ertragskraft anhielt; dann könnte auch der Güterverkehr sich bequemer entwickeln, der im übrigen großen Zeits auf die Wasserstraßen übergehen könnte. Waffentransporte gehören dahin. Redner gab englische und französische Urteile über die elenden Eisen- bahnergebnisse der Weiber, am schärfsten aber bei, es ist dem Gegenstande der Weiber, er unsere Organisa- tion für durchaus genug. Für ein Spezialrecht für die Arbeiter liege kein Bedürfnis vor, in deren wahren Inter- esse es vielmehr liege, sich mit ihrem Vertrauen dahin zu wenden, wo sie sicher ihr Recht gefunden hätten. Die Eisenbahnen hätten eine gute Zukunft; sie hätten den Weg gewiesen in Feindesland und würden uns auch zurückführen zu geüblicher Weiterentwicklung. (Weiß, redlich.)

Abg. Graf v. Mollat (Freison): In den unerwartet hohen Leistungen unserer Eisenbahnen unter den schwie- rigen Umständen spiegeln sich die besten Eigenschaften unseres Volkes wieder. Zu der erforderlichen Sparlichkeit würden die kirchlichen Vorkläge nicht beitragen, und Experimente im Eisenbahnbetrieb sind jetzt überhaupt nicht richtig. Dagegen könnte ein gewisser Sturz im Eisenbahn- betrieb, auch die Abnahme der Einnahmen, welche auch das Material stark vermindert. Die Einschränkungen der Kriegszeit in der Zukunft könnten solange dauern, wie der Spang zur Ertragskraft anhielt; dann könnte auch der Güterverkehr sich bequemer entwickeln, der im übrigen großen Zeits auf die Wasserstraßen übergehen könnte. Waffentransporte gehören dahin. Redner gab englische und französische Urteile über die elenden Eisen- bahnergebnisse der Weiber, am schärfsten aber bei, es ist dem Gegenstande der Weiber, er unsere Organisa- tion für durchaus genug. Für ein Spezialrecht für die Arbeiter liege kein Bedürfnis vor, in deren wahren Inter- esse es vielmehr liege, sich mit ihrem Vertrauen dahin zu wenden, wo sie sicher ihr Recht gefunden hätten. Die Eisenbahnen hätten eine gute Zukunft; sie hätten den Weg gewiesen in Feindesland und würden uns auch zurückführen zu geüblicher Weiterentwicklung. (Weiß, redlich.)

Abg. Graf v. Mollat (Freison): In den unerwartet hohen Leistungen unserer Eisenbahnen unter den schwie- rigen Umständen spiegeln sich die besten Eigenschaften unseres Volkes wieder. Zu der erforderlichen Sparlichkeit würden die kirchlichen Vorkläge nicht beitragen, und Experimente im Eisenbahnbetrieb sind jetzt überhaupt nicht richtig. Dagegen könnte ein gewisser Sturz im Eisenbahn- betrieb, auch die Abnahme der Einnahmen, welche auch das Material stark vermindert. Die Einschränkungen der Kriegszeit in der Zukunft könnten solange dauern, wie der Spang zur Ertragskraft anhielt; dann könnte auch der Güterverkehr sich bequemer entwickeln, der im übrigen großen Zeits auf die Wasserstraßen übergehen könnte. Waffentransporte gehören dahin. Redner gab englische und französische Urteile über die elenden Eisen- bahnergebnisse der Weiber, am schärfsten aber bei, es ist dem Gegenstande der Weiber, er unsere Organisa- tion für durchaus genug. Für ein Spezialrecht für die Arbeiter liege kein Bedürfnis vor, in deren wahren Inter- esse es vielmehr liege, sich mit ihrem Vertrauen dahin zu wenden, wo sie sicher ihr Recht gefunden hätten. Die Eisenbahnen hätten eine gute Zukunft; sie hätten den Weg gewiesen in Feindesland und würden uns auch zurückführen zu geüblicher Weiterentwicklung. (Weiß, redlich.)

solten werden für dies Werk verlangen und die Provinz Brandenburg und teilweise die Provinz Sachsen mit elektrifischen Eisen versehen können. Die Zinsen sollen den Verkehrsbedürfnissen entsprechen. Auch die Frage der Staffeltarif wird nach dem Kriege neu geprüft werden. (Beifall.)

Hg. Keiner (Soz.): Die Reichsbahn werden keine Geldecke bilden, sondern ausschließlich den Verkehr dienen; durch eine großzügige Tarifpolitik könnten die nötigen Einnahmen erzielt werden. Ein Staatsarbeiterrecht lehnen wir ab. Fäählich bleiben ja die Eisenbahnarbeiter des Streikrechts; man will nur Streiks verhindern. **Minister Dr. h. v. Reichenbach:** Der § 8 der Eisenbahngesetzgebung hat für Eisenbahnarbeiter keine Geltung. Zu Beginn des Krieges blieben wir es nicht für erforderlich, mit neuereinstellenden Arbeitern einen Dienstvertrag zu schließen, aber der Bezug war so groß, daß man den Arbeitern die Rechte gewähren mußte, die ihnen sonst vorbehalten blieben. Daher die neue Fassung der Bestimmungen. Die Zweifel bei den Linien hier und im Reichstage, ob die Staatsbahnübernahme auf dem Streikverbot bestehen müßte, sind angesichts der Vorgänge in den Arbeitervereinigungen, und eine ganze Reihe von Arbeitervereinigungen hat auf das Streikrecht verzichtet. Da wäre es unbillig, ungerecht und unverständlich, wenn die Eisenbahnübernahme dem gegenseitigen Anbruch der freien Gewerkschaften entspräche. Wir verlangen einen Verzicht. (Sehr richtig rief.) Die nicht ständigen Arbeiter können in der Gewerkschaft bleiben, dann aber keine ständige Stelle erlangen. Müßten denn die Arbeiter der Staatsbetriebe auf das Streikrecht so großen Wert legen? Sie wissen, daß ihre Löhne steigen, sie haben Wohlfahrtsvereinigungen, Arbeitersäufnisse, und das Werkverbrecht an alle Anlagen bis zum Minister und an dies Soz. Soz. Sie kennen die ungeheuren Vorteile dieser großen Verwaltungen, sie haben Sinn für Ordnung und Unterordnung und leben, daß die Verwaltung auf Grund tiefer Einsicht zu gewissen Erfolgen im Kriege gelangen hat. (Beifall richtig.) Die Erfahrungen bei der Kraftfahrtssteuer werden uns vor solchen falsch konstruierten Steuern warnen. Der direkte Verkehr Berlin—Wien über Breslau—Oberberg dient der großen Provinz Schlesien. Wir Arbeitslosigkeit wird sofort eingegriffen; wir suchen sogar Arbeiter. Die Kriegsbefähigten werden nach ihrer Leistungsfähigkeit bezahlt ohne Anwendung ihrer Vorkriegslöhne; hier soll das größte Entgegenkommen gezeigt werden. (Beifall.)

Der Etat und die Anträge des Hauswirtschaftsausschusses werden angenommen und der Hou- und Verkehrsbericht der Staatsbahnen durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.
Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. (Auktiofsaal.)
Schluß 5½ Uhr.

Salandra macht Zugeständnisse an die Kammer
Rom, 10. März. Die italienische Kabinettskrise hat, wie die Blätter melden, nach den Besprechungen der Minister mit dem König zu heilen Zugeständnissen Salandra an die Kammer geführt, wodurch die Krise für kurze Zeit beendet werden ist. Die Regierung hat nämlich drei Anfragen über wirtschaftliche Angelegenheiten angenommen, und ist dadurch den Oppositionisten entgegengekommen.

Blutige Arbeiterkrawalle in Spanien
Der Zustand in La Union bei Cartagena nahm am Mittwoch eine tragische Wendung. Eine von 200 Gendarmen und 251 Soldaten besetzte Gießerei wurde von ausbezahlten Streikenden gestürmt. Es kam nach einer Wachen-Mordung der „B. J.“ zu einem regelrechten Kampfe. 51 Arbeiter wurden verletzt, 11 verwundet, 41 Gendarmen und 21 Soldaten schwer verwundet. — Nach einer Vorberatung der Honorar-Kommission der Ministerpräsidenten Romanones im Ministerrot erklärt, er werde die notwendigen Maßnahmen gegen die aus verschiedenen Städten gemeldeten Arbeiterunruhen treffen.

(Nachdruck verboten.)

Der große Erzieher

37) Roman von Marianne Westerland

Dann wieder brachten seltsam tätowierte Wölfschäfer allerlei Gesandte, große Goldkammerer, Gold- und Weisheitsräte. Einen großen „Ring“ gefiel die weisheitsreiche Frau im Hochklang und den hohen Bergern, und er wollte sie kaufen, um sie seinen hundertjährigen Weisheits einzubringen. Es folgte Mühe, ihm klarzumachen, daß man die weißen Frauen nicht für Geld erlösen könne, im Gegenteil, die bräuteten dem Manne meistens noch Geld obenbrein ins Haus.

Maßlose Verblüffung. Die neugierig umstehende Weiberdrö, ungläubig und höchlich beunruhigt, wollte sich ausweichen vor Lachen über solche Sittenverhältnisse. Dann löste sich ein schlafendes Mädchen aus dem faunenden Volkskreis, verdingte die Arme hinter dem Haupt, reichte sich mit hochmütiger Gebärde und rief ein paar schneidende Worte in die Stille hinein.

„Was sagt sie?“ fragte Magda den Dolmetscher.

„Der macht erst eine Verlebensbescheid und leute dann los.“ Sie sagt, die Frau ist doch wert, ist doch gut, ist doch nicht schlecht, der Mann muß sie doch bezahlen, muß Geld dafür geben, hat er keine Geld, muß er Jahre dienen, Arbeit tun im Haus von Frau ihre Eltern, sie darf sich nicht umsonst geben an Mann. Wenn weiße Frau das tut, weiße Frau ist nicht so viel wert wie schwarze Frau.“

Mutwilliges, zustimmendes Mädchengetöse belohnte die Laufschrift der Jungen.

Kaufe.
Dann die entschuldigungsdringende Stimme des Hauptlings in flehentlichem Weisheitspruch, der aus vertrockneten Gesichtszügen quoll:

„Aho, ich folge dir nach Deutschland!“

Rum ging das Geschick in das wilde Getreide eines Robinsons über, das keine äußerlichen Rücksichten kennt. Robbin mußte, was kleiner Kugel über den guten Willen, wilde Springs, wie sie Kinder in Dolmenslust tun, wiegenbe Köpfe, erweichende Tonbeleg. Glühend wurden alle Gemütskräfte auf dem Wege gerührt und ein freier Platz geschaffen, Lammeln, an denen die Schüssel gefüllter Feinde

Englische Verpflichtungen an die Dominions

London, 10. März. Bei einem zu Ehren des australischen Premierministers Hughes abgehaltenen Feiertagsgang (Donnerstag) u. a. Wir haben schon früher unsere Verpflichtungen an die Dominions zu unsern Beratungen auszufragen; aber die Dominions haben so viel für uns getan, daß die Rache nach dem Kriege nicht dieselbe bleiben kann. Wir hoffen, nach diesem Kriege ein Reich zu schaffen, das für alle Reiter einbeillig aufgebaut ist. Der Minister fuhr fort, seiner Meinung nach bänge die Zukunft davon ab, was die Dominions unternehmen würden. Das Mutterland würde jeden von ihnen ausgedehnten Vorkriegsannehmen. Dinge, die vor dem Kriege unmöglich gewesen wären, würden nach dem Kriege leicht sein, und ein großer Schritt nach vornwärts würde nicht schwerer fallen als ein kleiner.

Provinz Sachsen und Umgebung

Von den Fürstenthümern

— Dessau, 10. März. Prinzessin Marie Auguste von Anhalt verließ heute Mittag in einem Sonderzuge Dessau, um sich nach Berlin zur Vermählung mit Prinz Joachim von Preußen zu begeben. Sie wurde begleitet von ihren Eltern, Prinz und Prinzessin Edward, von Herzogin und ihren zwei Söhnen Prinz Joachim Ernst und Prinz Eugen. Auf dem Wege zum Bahnhof bildete die Schlußglocke Spalier und sang das Lied „So nimm denn meine Hände.“ Nach einem Abschiedswort am Bahnhof wurde das Anhaltisch angeht. — Die Prinzessin vertritt seit an der Spitze des Staatsangehörigen einen Abschiedsgang.

Kirche, Schule, Jubiläen, Ernennungen

W. Gschick, 10. März. (Stiftungen für Kirche und Schulen.) Der bisherige Vikarisschreiber in Gschick, Robert Schwanitz und seine Ehegattin Helene, geb. Schilling, wohnhaft in Weimar, haben bei ihrem Weggang von Gschick der Kirche 3000 Mark und der Schule 1500 Mark geschenkt.

— Weimingen, 10. März. (Zur Gesangsdruckfrage) schreibt das „Eisenbahner-Gesellschaft“ für Weimingen, in seiner Nummer vom 8. März: „Auf dem Gebiet des friedlichen Lebens ist es besonders die Gesangsdruckfrage, die weiteren Streifen die Nachteile der staatlichen Verpflichtungen zum Bewusstsein bringt. Die weniger lehrreichen Teile der Bevölkerung, insbesondere die Beamten (Post, Eisenbahn) und manche Schichten der Arbeiterschaft, müssen oft von einem Ort zum andern ziehen. Bei dem Wandern der Arbeitlichen Grenzen geschieht es dabei nur zur unglücklichen, daß sie nicht nur in einem anderen Ort, sondern auch in einen anderen Staat kommen. Und bei all dem steht ein anderes Gefährliches, das bisher gebraucht ist nicht mehr vorhanden. Das Verlangen nach einem einheitlichen Thüringer Gesangsdruck ist schon oft erhoben worden; ein neues bei ihm die Weiminger Landesbehörde müde Aufwand gegeben. Auch bei der Erhebung des staatlichen Landesvertrags ist darüber verhandelt worden. Jeder scheint die Verwirklichung noch in weitem Feld zu liegen. Die Forderung muß aber immer noch neue wieder erhoben werden, so lange sie erfüllt. Vor allem muß entschieden werden, daß die einzelnen Landesverträge sich nicht nur in einem anderen Staat, sondern auch in einem anderen Staat durch würde das Thüringer Einheitsgesangsdruck noch weiter hinauszuverfolgen.“

W. Jena, 10. März. (Zu Mitteilungen des Disziplinarkollegiums ernannt.) Die Oberlandesgerichtspräsidentin Geh. Justizrat Schmidt, geb. Justizrat Dr. Sammer und Dr. Bachmann, werden zum Disziplinarkollegium ernannt, gleichfalls des Allenburgischen Disziplinarkollegiums für die Dauer von fünf Jahren ernannt.

Aus Landes- und Stadtparlamenten

Verbandsfragen — Wahlen

— Gieselten, 10. März. (Keine Steuererhöhung.) Vorausgesetzt, daß die Vorstände des Magistrats die Billigung der Stadtverordneten finden, werden im neuen Steuerjahre wieder wie bisher 235 Prozent der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer und 215 Prozent der Staats Einkommensteuer, bezogen aber nur 225 Prozent, also 10 Prozent weniger wie im Vorjahre, bezichtigt, veranlagten Gewerbesteuer erhoben. Die Abgabehöhe der Hauszins-

Einwurfs ist mit 880 000 Mark um 43 000 Mark höher als die des Vorjahres. Bei den Einnahmen erbringen diese Werte im wesentlichen die Gemeindefürsorge und Ausgaben (mit 890 000 gegen bisher 845 000 Mark), bei den Ausgaben erfordern das Mehr in der Hauptlinie Tilgung der Schulden und Vermögenserweiterung (rund 73 000 gegen bisher 55 000 Mark).

— Weimingen, 10. März. (Städtischer Bauhaushalt.) Der städtische Bauhaushalt für das Rechnungsjahr 1916/17 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 1 565 785,00 Mk. ab, gegen 1 400 051,00 Mk. im Jahre 1915/16. Eine Steuererhöhung tritt nicht ein und werden wie bisher, zur Erhebung kommen 180 Proq. Zuschläge zur Staats Einkommensteuer als Gemeindefürsorge, 188 Proq. als Grundsteuer, 200 Proq. als Gebäude-, Gemeindefürsorge- und Betriebssteuer.

— Gschick, 10. März. (Gemeindefürsorge.) Bei der Gemeindefürsorge-Wahl wurde als Vertreter der 1. Klasse für den durch Tod ausgeschiedenen bisherigen Vertreter, Gustavheiler Wilhelm Schauf, Rentier Arthur Schauf gewählt. Nach abgelehnter Wahlzeit schieden als Vertreter der 2. Klasse Rentier Arthur Schauf und als Vertreter der 3. Klasse Stattenmeister Paul Hoffmann aus der Gemeindefürsorge aus. Als Vertreter der 2. Klasse wurde Bergmeister Rolf Kramm neu, und als Vertreter der 3. Klasse Stattenmeister Paul Hoffmann wiedergewählt.

Vereinsveranstaltungen, Unterhaltungen aller Art

— Weimingen, 9. März. (Die Landwirtlich-gesellschafts-Veranstaltung des Kreises Weimingen.) hielt ihre Jahresversammlung unter dem Vorsitz des Vorsitzenden August Schöpfung hier ab. Nach der Erhebung der geschäftlichen Angelegenheiten verles der Landesverwalter Herr Schöpfung eine Mitteilung über „Die Bedeutung des Reichsbauens.“ Er zeigte, wie dieser auch in die heimische Landwirtlich-eingefügt werden könne. Aus der Veranstaltung heraus wurden auch Ausführungen gegeben, Verträge anzuheben. Kreis-Oberbauverwalter Kottmann an Weimingen, wurde neu in dem von ihm beauftragten Vikarisschreiber und Oberbauverwalter für die Weiminger einer Oberbauverwaltungs-Gesellschaft unter Leitung des Kreisbauverwalter, die einen preiswürdigen Absatz der Produkte gewährleisten will. Es wurde ein mehrseitiger Austausch von Betrieben aus Stadt und Land eingeleitet, der eine gewisse Vorteile mit sich bringen soll. — Gehört wurde dringenden Gebeten, der vom Oberpräsidenten der Provinz Sachsen angeordneten betriebsmäßigen Wahrung der Schweine-Verordnung entgegenzutreten, da dies nicht nur im wirtschaflichen, sondern auch im eigenen Interesse liegt. Für den Kreis Weimingen wurde eine Verteilung von 1300 Schweinen im Zuge gefordert. Der bisherige Vorsitz der Kreisverwaltung — Gustavheiler August Schöpfung, Rittergutsbesitzer Schönbauer Scheinich und Redner Ad. Müller-Weimingen — wurde wiedergewählt.

Diebstähle und andere Straftaten

— Weimingen, 10. März. (Amfangische Diebstahl- und Zündstichfälle.) Der in der Deutschen Cellulosefabrik beschäftigte gewesene Arbeiter Arthur Rink, Weimingen, wurde, wie die „A. N.“ schreiben, dabei ergriffen, als er in der Fabrik gewisse Vorräte abgab. Die Fabrik wurde dringenden weiteren Ermittlungen ergraben, daß der Dieb sich umfangreicher Diebstahl und auch Zündstichfälle schuldig gemacht hat und deshalb zur Verhaftung gezogen werden wird.

W. Kobura, 10. März. (Verurteilung eines Einbrechers.) Die hiesige Staatsanwaltschaft verurteilte den Handlungsgehilfen Hermann W. im den in Kobura zu 7 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Inhaftierung von W. erfolgte im Polizeigewahrsam, eine Reihe Einbrecherfälle verurteilt, dabei größere Geldsummen und Waren gestohlen. Im End will, wie vor Bericht angeht, durch Lesen von Schulbüchern auf die Verbrechen der Fabrik geleitet worden sein.

Verschiedene Nachrichten

W. Weimar, 10. März. (Drei Millionen Kriegsanleihe.) Die Thüringische Landesversicherungsanstalt hat für die zweite Kriegsanleihe drei Millionen Mark gesammelt. W. Jena, 10. März. (Werbung für die Kriegsanleihe.) Hier fand eine durch den Herzog. Landrat in Kobura einberufene Versammlung von Vertretern aller Berufsstände des Allenburger Kreises statt, in der beschlossen wurde, nach besten Kräften für einen guten Erfolg der dritten Kriegsanleihe zu wirken.

bammelten, dröhnten in abgehenden Rhythmen, überall lüfteten leuchtende Jugendpaare, rauchlose Schulterverrenkungen, blühende Weiber. Niedere Holzschleier wurden gebückt für die letzten Gänge, und das große „May“ begann.

Nicht immer waren die Begegnungen so harmlos. Mürrisches, verhöfliches Volk verdroß sich hämisch in den Schlußwindeln der Parade. Dann konnte Brabant seine wilde, sein Glück vor blühnd und gerad.

„Der Cümliche stellt fünf Mark Strafe, und der Gumpelung wird solange in Gewahrsam genommen, bis jedes Gebein im Bezirk geimpft ist.“

Durch Totentänze kamen sie, wo sie über viele Stunden versandene Geschickter hinwegzogen. Einomfeit flakste rings. Nur wenn man den stillen Wächtern dieser Schichten Zuwachs brachte, haute sich Volksgewirr zu lärmenden Totentänzen und wilden Drönen. Gerade begruße sie eine vom Magistrat gewollt auf offener Straße erschlagene Gumpelingsfrau unter Pulverdampf und Antilopenhorngequack. Hinter Fußschäden und Tränen lauerten freudige Erwartungsdäuer. Ein Totentanz war ein Volksfest, da fränkerte man nicht mit Schnaps und Liebe.

Wie ein Kleinblutind verwirrt und begierig durch die länderne Gerichtheit des Vorkamms schlendert, so ging Magda Brabant durch das bunte Hinterland von Lono. Sie fletzte über Sänerbräuen, sah im Sattel, wo die heimtückische Tiefstesse festsitz, sah aus Färdematten-geräusch in blüne Bergweiten hinein. Sie forschte nach allen Ecken und Werten, die sich weit als blühende Tierfahnen erwehnen. Hier sich den Krümmungsbogen der aufstehenden bewendeten Wälschen betreten, erlebte Hinterbergen, Leoparden und Palmenmarmer weihen und sich den müßigen Fall des Sänergeräuschsystems erklären.

Wenn nur diese grauame Glut nicht gewesen wäre, die den Arm beugte und die watten Sinne mit rotem Nebel umwirbelte. Sie lernte die Sonne kaffen, sie wand sich in Qualen, bis sie verlornt war.

Dazu kein Lärmfahnen — denn im Waffer sah die Ruhr — keine Beobachterschicht, keine lauter bereiteten Speisen; Mostfahne, die kein Rinnertrennauß konnte, erhöhte Fiebergefahr, verarbeitete Chimindolen, nächtliche Kaff in verlassenen Meerbütteln, um die herum die kühnen Boden wühlten.

Brabant zog ihr Köpchen zu sich heran. „Wird dir auch nicht zu viel kleine Wälschen?“

„Sie wehre ab.“ Mein nur Ananas und Kokosmilch muß du mir bringen, ... ich liebe vor Durst.“ „Wälschen?“ eine von der Regierung für durchgeführte Euroreiner erdickte Unterkünftigkeit, ein primitiver Bau, völlig leer, notwendig bedacht, und mit feiner Fensterlöcher versehen, wenigstens ein schottischer Raum, in dem man seine Feldbettstellen, Klappstuhl, Klappstuhl und Lampe aufstellen konnte, und auch umweilen eine aus Lehm oder Sonbstein gemauerte Bodenwanne vorband.

Zwei Tagesreisen von Amadobbi entfernt, erlebte Magda noch eine Begegnung, die wie betagener Knechtelung aus dunstfelm Afrika wehte. Unter breiten Schirmen bännen am Wege verneigte sich ein Kaufmann mit alterstarken Knaben und wies lautend auf einen etwa zwölfjährigen Knaben an seiner Seite.

„Was machst du für ein Geschäft?“

„Brabants Kauf ist doch viel fetter um die Rißverdrückte, in seinen Augen flackerte der Wälschen, den Magda am Lippenkränzenloser in Gimbura zuerst hatte aufkommen sehen. „Weißt du, daß ich dir „fünfundzwanzig“ und einige Jahre Stettenhaft befragen kann?“ kochte er den Wälschenbräuen an.

„Dann imn, o Herr, als Gehelnt von deinem Untertan an.“

Magda hatte den kleinen Auftritt nicht gleich beiriffen; auf ihr Fragen bin erfuhr sie, daß der Verkauf von kühnen Eisenblech schon seit langem in Lono verboten sei. Die Straffälle im Stabenhandel, der hier in früheren Zeiten einen kühnengevolles Geschäft bedeutete — man nannte in LonoLand die Eisenstücke — heute länger gehandelt wurden.

Sie nahm den Knaben mit. Es war ein kühnes, hüßes, betrümmertes Kind und hoch Apokope (Ente). Seine Mutter, der schon mehrere Kinder durch den Tod geraubt waren, hatte die Nachgeborenen veranlagt mit Tiernamen gestauft, um die Aufmerksamkeit der Götter abzulenken und sie über die Wichtigkeit ihrer Verkommen zu täuschen, ein abergläubisches Wertschöpfspiel, das öfter im furchtseligen Rolke verlor.

(Fortsetzung folgt.)



